



CO₂-EMISSIONEN

Steuer oder Handel?

Während der Klimawandel sich immer weiter beschleunigt, streiten Experten noch immer über die richtigen politischen Instrumente

INTERVIEWS: DAVID ROTMAN UND CHRISTIAN BUCK

Die Idee ist eigentlich ganz simpel: Im Emissionshandel erwerben Unternehmen das Recht, Kohlendioxid in die Luft zu blasen. Mit diesen Rechten können sie untereinander handeln. Das soll den Anreiz für Einsparungen durch klimafreundliche Technologien fördern, ohne die Wirtschaft abzuwürgen. Innerhalb der EU gibt es diesen Handel bereits – bis 2020 sollen alle großen Industriebranchen zur Teilnahme verpflichtet werden. US-Präsident Barack Obama hat im Wahl-

kampf ein ähnliches System für die USA angekündigt. Dennoch gibt es hartnäckige Kritik am Emissionshandel. Technology Review lässt in zwei Interviews je einen Kritiker und Befürworter des CO₂-Handels zu Worte kommen. Die Pro-Seite wird von Professor Dr. Ottmar Edenhofer vertreten, Chefökonom des renommierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Mitglied im internationalen Weltklimarat IPCC.

Herr Professor Edenhofer, manche Wirtschaftswissenschaftler plädieren für eine CO₂-Steuer anstatt des Emissionshandels. Warum ist der Emissionshandel aus Ihrer Sicht besser?

In einer deterministischen Welt wären CO₂-Steuer und Emissionshandel vollkommen äquivalent. Im einen Fall wird sich die richtige Mengenreaktion einstellen und im anderen Fall die richtige Preisreaktion. Unterschiede ergeben sich, wenn man entweder die

Kosten der Vermeidungstechniken nicht genau kennt oder die künftigen Schäden des Klimawandels. Ob man für eine Steuer oder für den Emissionshandel ist, hängt also davon ab, wie man diese Unsicherheiten einschätzt.

Was heißt das konkret?

Eine Steuer wäre dann zu bevorzugen, wenn man davon ausgeht, dass die Vermeidungskosten mit zunehmender Emissionsreduktion sehr steil ansteigen, >>>



während die Schäden mit den Emissionen nur langsam wachsen. Wenn man aber der Auffassung ist, dass die Schäden sehr stark ansteigen und aufgrund des technischen Fortschritts die Vermeidungskosten eher flach verlaufen, dann ist der Emissionshandel besser. Beim heutigen Stand der Kenntnisse können wir die Schäden des

Klimawandels nicht zuverlässig abschätzen. Die Kosten der Vermeidung sind besser vorherzusagen, weil die benötigten Techniken grundsätzlich bekannt sind. Selbst Ökonomen, die kurzfristig eine Steuer für sinnvoller halten, sind daher der Auffassung, dass man auf lange Sicht am Emissionshandel nicht vorbeikommt.

Sollte man also mit einer Steuer anfangen und später zum Emissionshandel übergehen? Steuern ließen sich vielleicht schneller umsetzen.

Das halte ich für falsch. Keine Regierung der Welt kann eine optimale CO₂-Steuer implementieren, weil sie hierzu den genauen Verlauf der Klimaschäden kennen müsste. Würde eine Regierung die Steuer einfach jährlich um einen bestimmten Satz anheben, würde dies die Ressourcenbesitzer dazu veranlassen, Öl, Kohle und Gas schneller aus dem Boden zu holen,

weil sie versuchen, dem künftigen Wertverlust ihrer Rohstoffe zu entgehen. Weil die Reaktionen der Märkte auf dieses Preissignal unsicher sind, kann die Einhaltung der Mindestmengenziele nie garantiert werden. Der große Vorteil des Emissionshandels ist, dass genau das verhindert werden kann, weil wir die Menge der Treibhausgase direkt kontrollieren. Auf den Emissionsmärkten bildet sich ein Preis, der die Knappheit des „Deponieraums“ Atmosphäre zum Ausdruck bringt – denn dort können wir insgesamt nur noch 320 Gigatonnen Kohlenstoff lagern.

Manche Ökonomen bevorzugen, Zertifikate bei einem Preis von circa 40 Euro pro Tonne CO₂ zu stabilisieren. Was halten Sie von dieser Variante?

Es wäre falsch, den Preis auf einem bestimmten Niveau zu stabilisieren. Die Kosten für CO₂ sollten langfristig steigen – denn bis zum Jahr 2050 müssen die globalen Emissionen gegenüber 1990 halbiert werden. Wenn der Preis künstlich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert wird, werden wir dieses Ziel verfehlen und die notwendigen Investitionen in Vermeidungstechniken unterbleiben. Ich könnte mir jedoch vorstellen, dass eine „Klimazentralbank“ versucht, durch Marktinterventionen allzu große Fluktuationen des Preises zu glätten, um Investitionen in riskante Techniken nicht zu entmutigen.